



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

15. Februar 2019

# Wochenbericht KW 7

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 31 % und 29 %, SPD zwischen 19 % und 15 % Grüne bei 19 % bzw. 15 %, AfD bei 13 % bzw. 12 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei einzelnen Aufgaben deutlich negativer Handlungsbedarf wird besonders bei bezahlbarem Wohnraum gesehen
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen auf Höchststand seit Oktober 2014 (47 %)
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden wächst USA werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Rentenpolitik/Altersvorsorge, SPD-Vorschlag zur Grundrente

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>infratest dimap<sup>2</sup></b> für ARD
CDU/CSU	31 (-1)	30 (-)	29 (-)
SPD	15 (-)	19 (+2)	17 (+2)
FDP	10 (+1)	8 (-1)	9 (-)
DIE LINKE	8 (-)	10 (+1)	8 (-1)
B'90/Grüne	19 (-)	15 (-2)	19 (-1)
AfD	12 (-)	13 (-)	13 (-1)
Sonstige	5 (-)	5 (-)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.02.	07.-13.02.	11.-13.02.

Die Union liegt bei forsa 16 (-1), bei infratest dimap 12 (-2) und bei Emnid 11 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Grünen liegen bei Emnid bei 15 %. Dies ist der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit September 2018.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	46 (-)
Nahles	13 (-)
Kramp-Karrenbauer	40 (-1)
Scholz	21 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.02.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (-) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 19 (-1) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (17.02.2019)

<sup>2</sup> im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 2

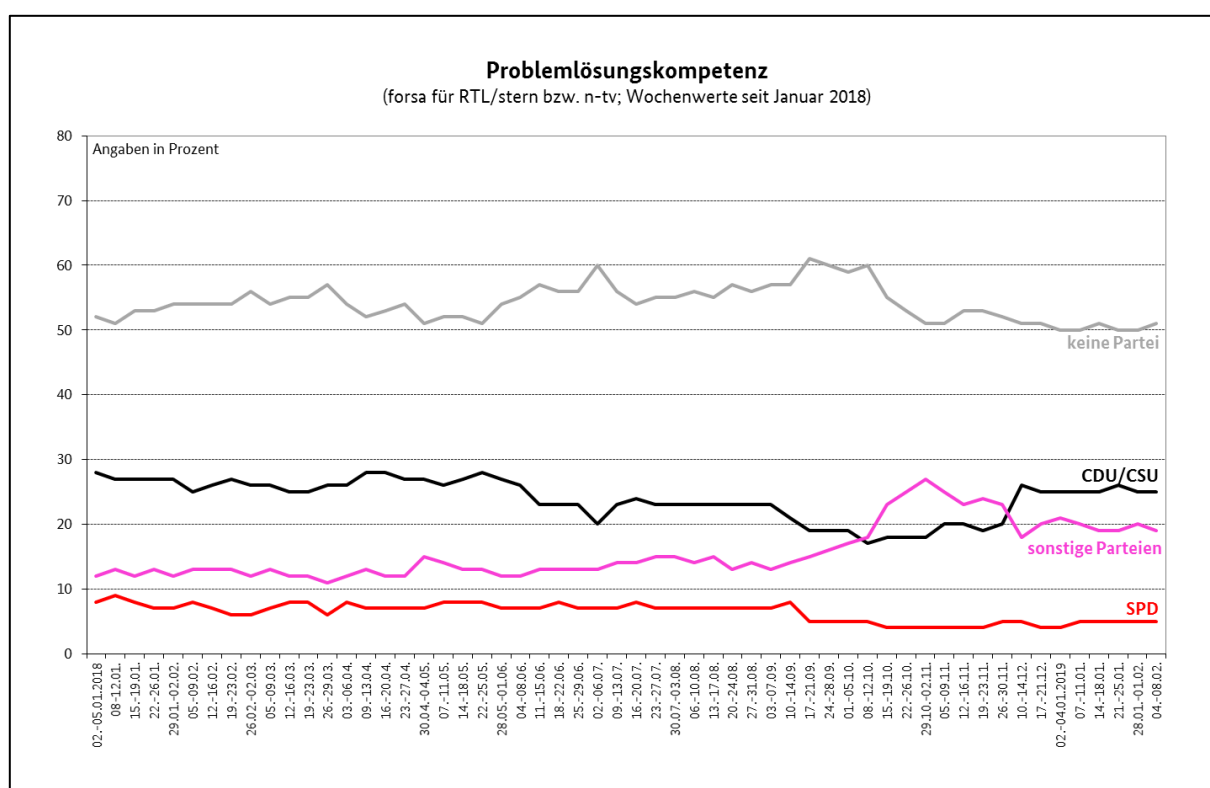
## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	25	(-)
SPD	5	(-)
sonstige Parteien	19	(-1)
keine Partei	51	(+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.02.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 20 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

51 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im Februar 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2019

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	70 (-5)	29 (+6)	1 (-1)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	65 (-6)	32 (+5)	2 (-)	1 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	61 (-7)	35 (+6)	2 (-)	1 (+1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	60 (-1)	32 (-1)	5 (+1)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (-3)	31 (-1)	7 (+4)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (+1)	37 (-)	3 (-2)	1 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	52 (-)	42 (+1)	5 (-1)	1 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	51 (+5)	37 (-5)	9 (-1)	2 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	50 (-5)	43 (+3)	6 (+1)	1 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	46 (-1)	44 (-1)	9 (+1)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (-1)	35 (-2)	16 (+3)	3 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	40 (+2)	48 (-)	10 (-2)	2 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	39 (+1)	45 (-4)	12 (+1)	3 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	37 (+2)	46 (-3)	14 (-)	2 (+1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	33 (-)	49 (-)	11 (+1)	6 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	31 (-2)	51 (+1)	15 (-)	2 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	31 (-4)	48 (-)	16 (+2)	5 (+1)
neue Technologien fördern	30 (-2)	54 (+1)	13 (+1)	2 (-)
Staatsschulden begrenzen	26 (-)	49 (-1)	20 (+1)	4 (-)
Verbraucherschutz stärken	23 (-)	60 (+2)	14 (-3)	2 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	20 (-2)	57 (-2)	19 (+3)	3 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	20 (-4)	55 (+1)	20 (+1)	4 (+2)
Erhebungszeitraum	06.-12.02.2019			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von 50- bis 59-Jährigen (77 %) und unter 40-Jährigen (75 %) sowie von Anhängern der Grünen (77 %), der SPD und der Linkspartei (jew. 75 %) als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (76 % zu 64 %) und Personen mit mittlerer und hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (75 % zu 62 %). 40- bis 49-Jährige (60 %) und über 60-Jährige (65 %) sowie Anhänger der AfD (55 %) betrachten sie unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Februar 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2019

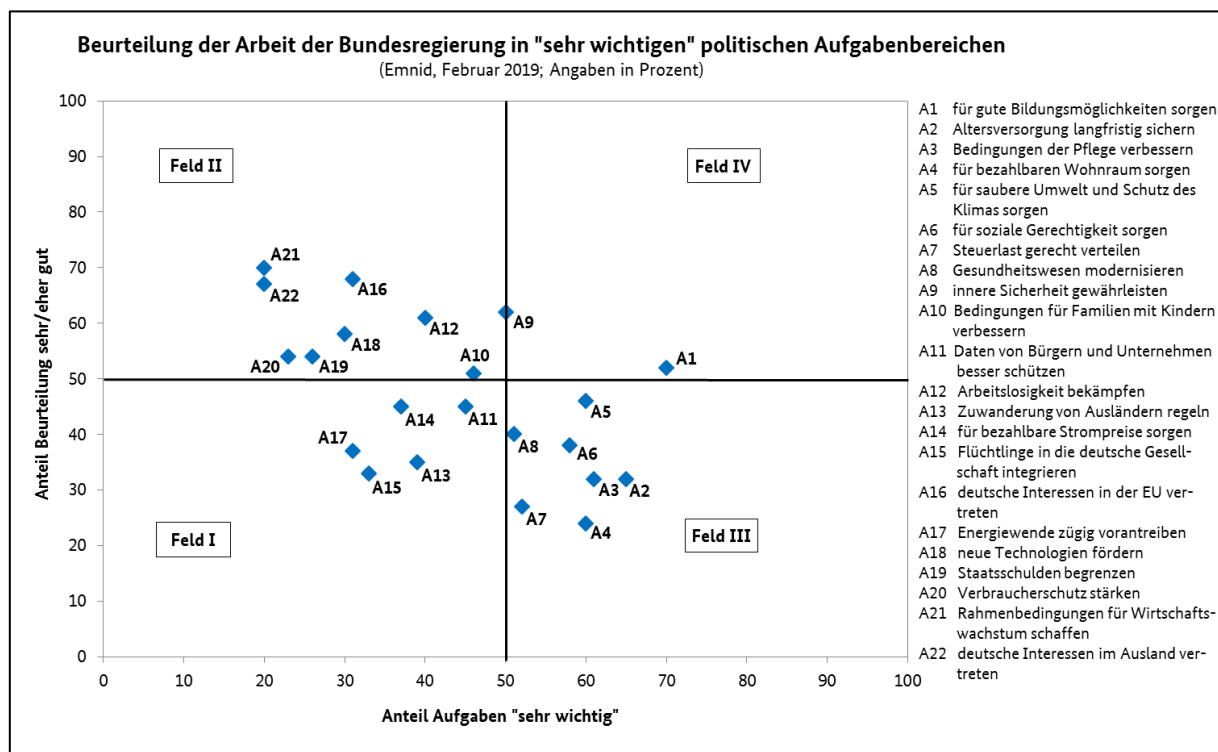
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	70 (+1)	21 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	68 (+2)	26 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	67 (-1)	26 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	62 (+2)	34 (-4)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	61 (-5)	34 (+4)
neue Technologien fördern	58 (-1)	36 (+3)
Staatsschulden begrenzen	54 (-6)	37 (+4)
Verbraucherschutz stärken	54 (-)	39 (+1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	52 (+2)	45 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (-7)	43 (+4)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	46 (-2)	52 (+3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	45 (+1)	48 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (+3)	51 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	40 (-6)	56 (+8)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	38 (-6)	59 (+5)
Energiewende zügig vorantreiben	37 (-4)	58 (+5)
Zuwanderung von Ausländern regeln	35 (-2)	62 (+2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	33 (-6)	63 (+7)
Bedingungen der Pflege verbessern	32 (-)	64 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	32 (-)	65 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	27 (-1)	67 (+1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	24 (+1)	72 (-)
Erhebungszeitraum	06.-12.02.2019	

In 10 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Vergleich zum Vormonat ist in mehreren Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, gesunken. Dies gilt besonders für die Bereiche "Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern" (-7 Prozentpunkte), "Staatsschulden begrenzen", "Gesundheitswesen modernisieren", "für soziale Gerechtigkeit sorgen" und "Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren" (jew. -6 Prozentpunkte).

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A4), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A2), in den Aufgabenbereichen „die Bedingungen der Pflege verbessern“ (A3), „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A6), „Gesundheitswesen modernisieren“ (A8) sowie beim Umwelt- und Klimaschutz (A5).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist; in diesem Monat lediglich die Bildungspolitik (A1).

Der Aufgabenbereich „innere Sicherheit gewährleisten“ (A9) liegt auf der Grenze zwischen **Feld II** und **IV**, da genau die Hälfte der Deutschen diesen Bereich als sehr wichtig erachtet und die Regierungspolitik als gut eingeschätzt wird.

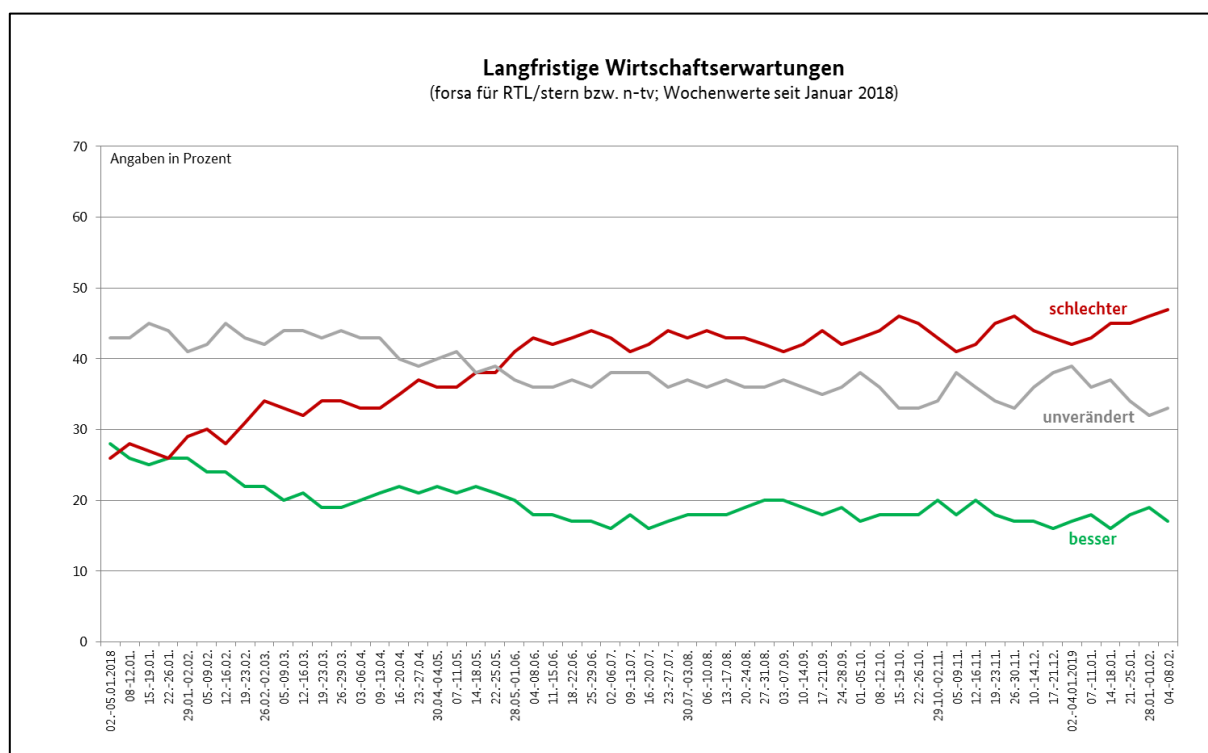
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	17	(-2)
schlechter	47	(+1)
unverändert	33	(+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.02.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert. Der Wert von 47 % ist der höchste seit Oktober 2014.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 30 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



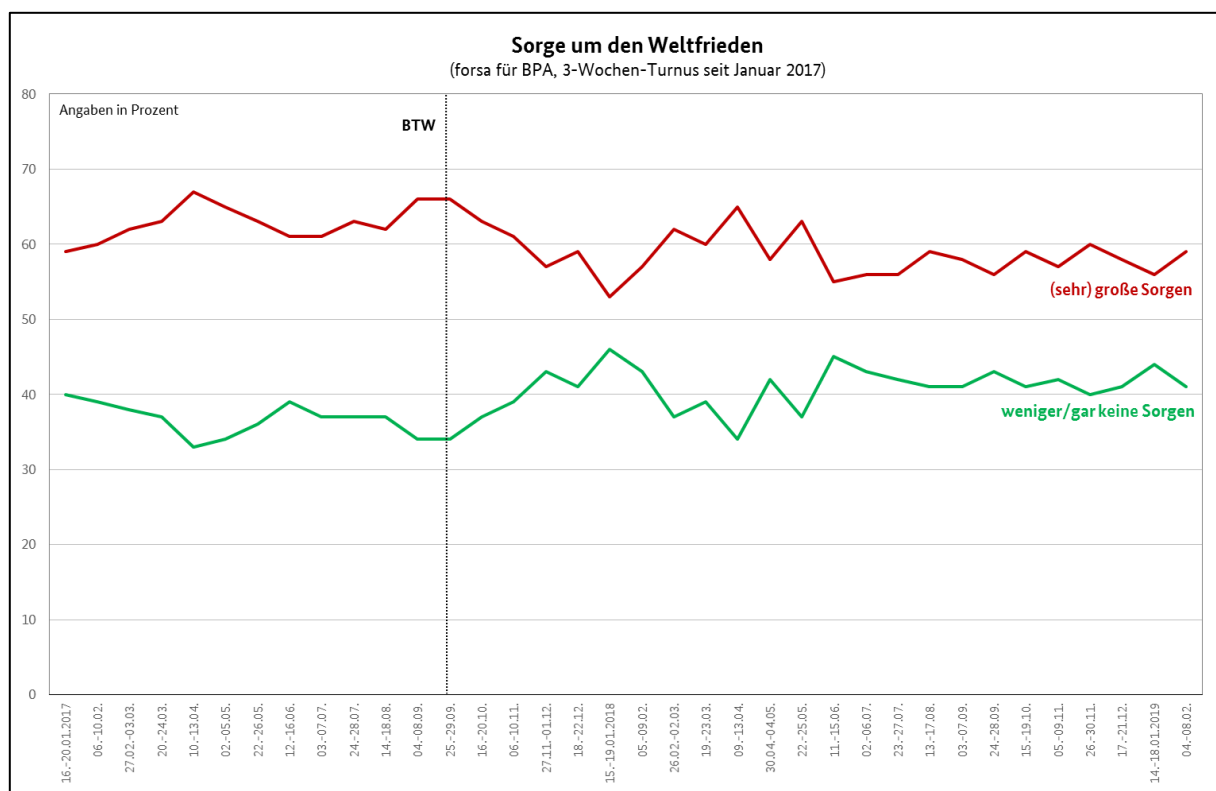
## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA	
sehr große	11 (-)	
große	48 (+3)	
wenig	32 (-6)	
keine	9 (+3)	
Erhebungszeitraum	04.-08.02.	

Anhänger der Linkspartei (68 %) und der Grünen (66 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (64 % zu 52 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (67 % zu 54 %).

Personen mit einfacher formaler Bildung (46 %) und Anhänger der FDP (54 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.





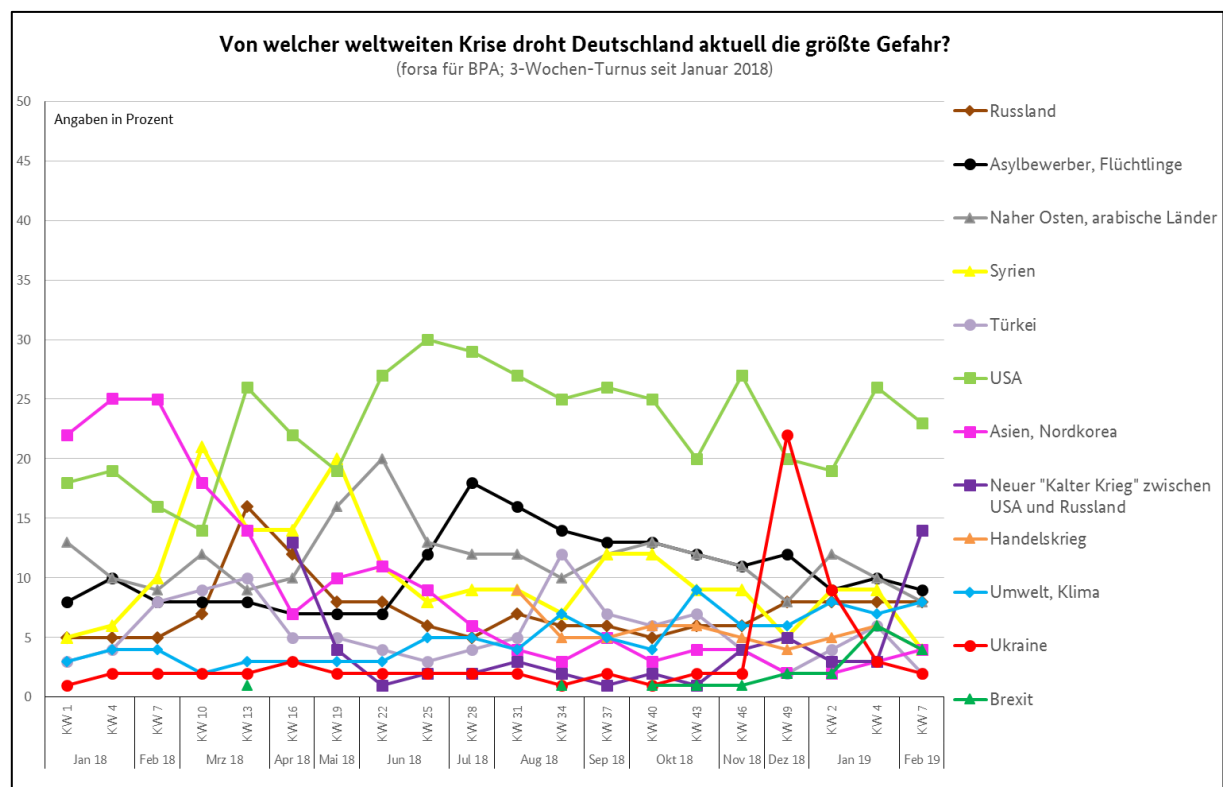
## Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA
USA	23 (-3)
Neuer "Kalter Krieg" zwischen USA und Russland	14 (+11)
Asylbewerber, Flüchtlinge	9 (-1)
Umwelt, Klima	8 (+1)
Russland	8 (-)
Naher Osten, arabische Länder	8 (-2)
Erhebungszeitraum	04.-08.02.

Von den Bundesbürgern werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Anhänger der Linkspartei (31 %) nennen die USA überdurchschnittlich häufig als größte Bedrohung für Deutschland. Frauen nennen diese Gefahr häufiger als Männer und über 60-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (jew. 28 % zu 18 %).



## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

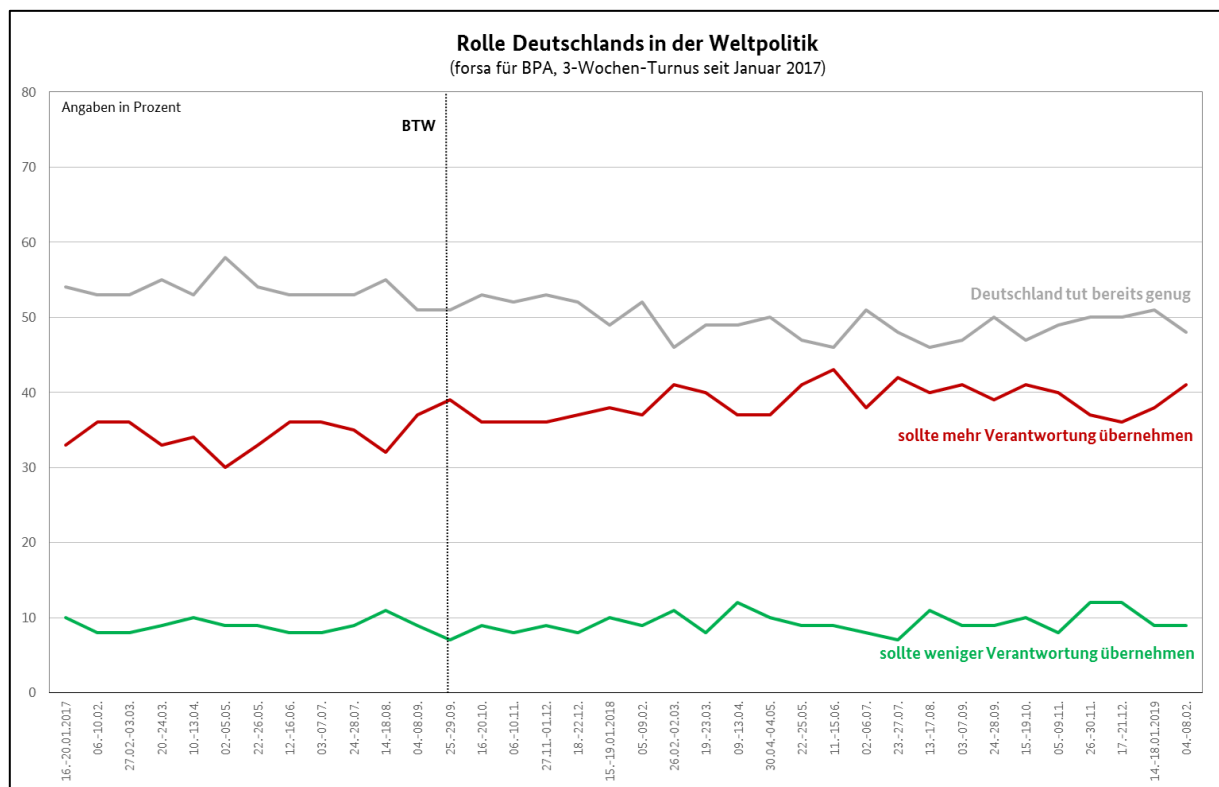
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	41 (+3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9 (-)
Deutschland tut bereits genug	48 (-3)
Erhebungszeitraum	04.-08.02.

Unter 30-Jährige (49 %) sowie Anhänger der Grünen (59 %), der Linkspartei (58 %) und der FDP (46 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (33 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen (54 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (53 %) sowie Anhänger der SPD (60 %) und der Union (57 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



## Rolle Deutschlands in der EU

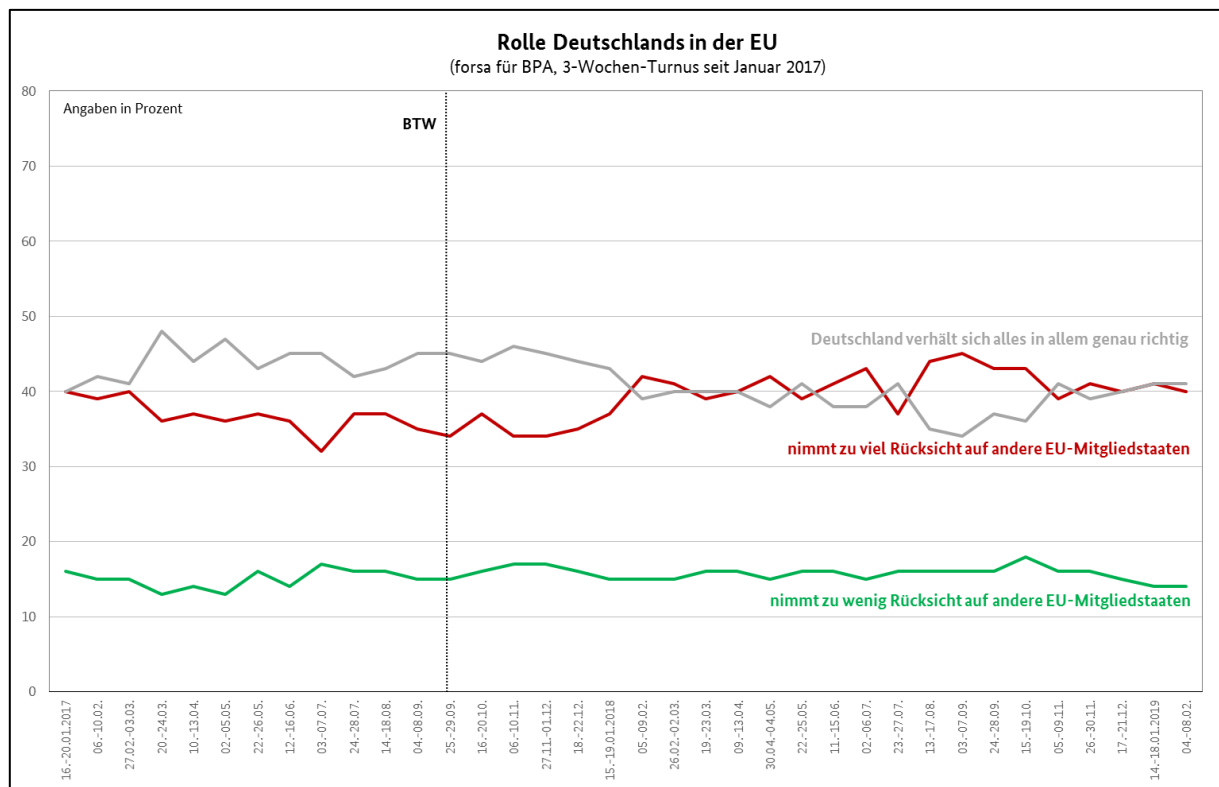
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	40 (-1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	14 (-)
verhält sich alles in allem genau richtig	41 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.02.

30- bis 59-Jährige (48 %), Ostdeutsche, Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung und Mittelverdiener (jew. 47 %) sowie Anhänger der AfD (66 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (36 %) und der Grünen (19 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Grünen (51 %), der Union (48 %) und der SPD (46 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	<b>infratest dimap</b> für BPA
Rentenpolitik/Altersvorsorge, SPD-Vorschlag zur Grundrente	20 (+1)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	14 (+7)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	9 (-2)
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	8 (-)
Sozialpolitik allgemein, SPD-Reformvorschläge	5 (neu)
Erhebungszeitraum	12.-13.02.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Rentenpolitik/ Altersvorsorge, SPD-Vorschlag zur Grundrente". Überdurchschnittlich häufig sehen Ostdeutsche (25 %) sowie Anhänger der SPD (27 %) und der Union (25 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 50-Jährige nennen es häufiger als unter 50-Jährige (30 % zu 10 %).

Über 65-Jährige und Personen mit einfacher formaler Bildung (jew. 19 %) sowie Anhänger der AfD (33 %) und der Union (21 %) nennen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" besonders oft. Anhänger der SPD (8 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

